

Volksinitiative für eine umweltgerechte Stadtplanung

Bericht und Antrag der Minderheit der Spezialkommission vom 24.10.75

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Nach § 18 der Geschäftsordnung steht es der Minderheit einer Kommission frei, einen besonderen Bericht und Antrag vorzulegen.

Die Kommissions-Mehrheit und die ebenfalls an den Kommissions-Sitzungen anwesenden Vertreter des Stadthauses haben von der ersten Sitzung an nicht unmassiv gegen die Initiative und den Vertreter der Initianten gekämpft. Mehrere Vertreter dieser Gruppe bezeichneten die Initiative schon in der ersten Sitzung und später immer wieder als "hinderlich" oder "einengend" (für wen?). Sie suchten redlich nach Formfehlern und anderen mehr oder weniger eleganten Wegen zur Beseitigung oder Verwässerung der Initiative. Entsprechend ihrer Zusammensetzung verteidigte die Kommission, und die geladenen Gäste immer wieder die alte Stadtplanung. (Es waren mehrheitlich Anhänger und z.T. prominente Befürworter der alten Planung anwesend.) Wo die Initiative gewisse Bestimmungen der alten Planung teilweise übernehmen will, nämlich in ihrem Punkt 3, wurde dies aber nicht etwa begrüsst, sondern der Vorwurf erhoben, die Initianten wollten durch ein Hintertürchen lediglich die alte Planung wieder hereinbringen. Dort wo die Initiative absichtlich Entscheidungen für die zukünftigen Planungsgremien offen lässt, warf man den Initianten vor, sie wollten kurzum alles auf die neue Planung verschieben.

Aus diesen Ausführungen und aus dem Kommissionsprotokoll geht hervor, dass die Kommissionsmehrheit auf die positiven Seiten der Initiative offenbar gar nicht ernsthaft eingehen wollte, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Wir fragen uns deshalb, ob die Kommission ihren gemeinderätlichen Auftrag so erfüllte, wie die Bürger sich das vorstellen.

Hinter dieser Initiative steht der Wille von mindestens 1440 Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Die Mehrzahl davon sind solche, die an die Urne gehen. Sie bejahen diese Initiative, deren Hauptziele kurz wie folgt zusammengefasst werden können:

- grünes Land nur soweit zur Ueberbauung freigeben als ein Bedarf klar nachgewiesen ist.
- dem umweltfreundlichen, öffentlichen Verkehr konsequent den Vorzug geben.
- die Ufer besser schützen als früher vorgesehen.

Diese Ziele heben sich von der alten Planung eindeutig ab und ergeben zusammen ein Leitbild einer wohnlicheren Stadt. Weitere Elemente dieses Leitbildes gehen aus der am 24. Juni an den GG verteilten Begründung/Erläuterung hervor.

Der Gemeinderat möge bedenken, ob die Mehrheit des Volkes für oder gegen diese Ziele eingestellt ist. Die Kommissionsminderheit empfiehlt dem Rat, die Initiative zum Beschluss zu erheben.

Zug, 17. November 1975

Für die Minderheit der Spezialkommission:
Dr. Hans A. Staub